

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 18.02.2020

Gleiche (Pflege-)Bildungschancen – überall!

Gleiche und gute Bildungschancen und gleichwertige Lebensverhältnisse für alle – das muss auch für die Pflegebildung gelten. Dieses Ziel sieht der Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe (BLGS) e.V. allerdings in weite Ferne gerückt.

Das Pflegeberufegesetz (PflBG) und die zugehörige Finanzierungsverordnung zielen ausdrücklich auf die bundesweite Sicherstellung einer qualitätsgesicherten und auskömmlich finanzierten Pflegeausbildung ab. Die Finanzierung durch die Ausbildungsbudgets muss kostendeckend und so ausgestaltet sein, dass die Einhaltung aller Qualitätsvorgaben des PflBG und landesrechtlicher Vorgaben gewährleistet ist. Mit Hilfe der landesweit verhandelten Ausbildungspauschalen verknüpften gerade die Pflegeschulen die Hoffnung, unter vergleichbaren Bedingungen die Anforderungen der neuen Pflegeausbildung umsetzen zu können. Dabei stellen das Lehrer-Schüler-Verhältnis und die Höhe der Pauschalen zentrale Kennzahlen der Strukturqualität einer Pflegeschule dar.

Beide Parameter weichen im Vergleich der Bundesländer signifikant voneinander ab. Beabsichtigen einige Länder in Anlehnung an EU-Empfehlungen, das Lehrer-Schüler-Verhältnis mit 1:15 besser zu gestalten als im PflBG gefordert, wird Nordrhein-Westfalen mit dem Verhältnis von 1:25 sogar die gesetzliche Mindestvorgabe von 1:20 unterlaufen. Ähnlich drastische Unterschiede sind bei den Pauschalen für die theoretische Ausbildung festzustellen: Bayern hat eine Pauschale von 11.443,96 € je Schüler*in/Jahr festgelegt, in Hamburg beträgt diese bei Schulen über 351 Schüler*innen lediglich 6950 €. Andere Länder liegen nur geringfügig darüber. Die Differenzen zwischen den Ländern betragen demnach bis zu 65%. Es ist mehr als fraglich, wie in einigen Bundesländern die Qualitätsanforderungen erfüllt und bundesweit eine annähernd vergleichbare Ausbildungsqualität hergestellt werden soll.

Außerdem ist in vielen Ländern unklar, wer die Investitionskosten trägt, um die erforderlichen Lernräume zu schaffen und auszustatten sowie die Mietkosten der Pflegeschulen zu zahlen. Obwohl der Bundesrat in seiner Stellungnahme zur Finanzierungsverordnung ausdrücklich „eine bundeseinheitliche Refinanzierung der Miet- und Investitionskosten für alle Pflegeschulen“ fordert, zeichnet sich auch hier eine weitere Ungleichbehandlung ab.

Die in den Vereinbarungen der konzertierten Aktion Pflege angestrebte Erhöhung der Ausbildungsplatzzahlen um 10% kann vor diesem Hintergrund leider nur als frommer Wunsch bezeichnet werden.

„Pflegebildung ist eine Investition in die Zukunft. Bund und Länder dürfen jetzt nicht geizen und die Verantwortung hin- und herschieben“, stellt Carsten Drude, Bundesvorsitzender des BLGS e.V. fest. „Wir fordern deshalb die politisch Verantwortlichen nachdrücklich auf, alle Schulen bundesweit in die Lage zu versetzen, die Qualitätsstandards des PflBG erreichen und damit den Beruf attraktiver und zukunftssicher machen zu können. Dazu müssen die Länder die gleichlautenden Vereinbarungen aus der konzertierten Aktion Pflege ernst nehmen und sich in den Bund-Länder-Konsultationen für vergleichbare Rahmenbedingungen in der Pflegebildung stark machen.“

Der Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe (BLGS) e.V. vertritt die Interessen der Lehrenden und der Bildungseinrichtungen im Gesundheits- und Sozialwesen. Er ist Ansprechpartner in allen Bildungsangelegenheiten der Gesundheits- und Sozialberufe im Bereich der theoretischen und der praktischen Aus-, Fort- und Weiterbildung. Der BLGS engagiert sich in fachlichen, pädagogisch-didaktischen Feldern, in der Mitgestaltung bildungspolitischer Prozesse sowie in der Bildungsentwicklung und im Bildungsmanagement. Der BLGS ist Ratsmitglied im Deutschen Pflegerat (DPR).